Stand: 12.07.2025 03:44:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19296

"Humanitäre Krise in der Grenzregion Belarus und Polen beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19296 vom 01.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19336 vom 01.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19296**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Humanitäre Krise in der Grenzregion Belarus und Polen beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die sich im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen zuspitzende humanitäre Krise. Tausende von Migranten halten sich dort derzeit ohne humanitäre Hilfe und ärztliche Versorgung bei Minusgraden auf.

Der Landtag verurteilt die Provokationen des autokratischen Machthabers Alexander Lukaschenko, der seit Wochen gezielt Menschen aus Krisenregionen wie Afghanistan und dem Irak einfliegen lässt, um sie illegal in die EU zu schleusen und dadurch Druck auf europäische Staaten auszuüben. Gleichermaßen kritisiert der Landtag Polens menschenunwürdige Pushbacks als unvereinbar mit den EU-Werten und den Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, ihren Einfluss auf die Europäische Kommission zu nutzen, eine humanitäre Lösung für die Krise an der EU-Außengrenze zu finden. Dazu soll die Kommission als „Hüterin der Verträge“ neben zu verschärfenden Sanktionen gegen Belarus insbesondere darauf einwirken, dass

– die Menschenrechte gemäß der Beschlüsse der Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden,
– illegale Pushback-Aktionen nach Belarus unterbunden werden und den Menschen stattdessen Zugang zu Asylverfahren gewährt wird,
– die ärztliche und humanitäre Versorgung der Menschen im belarussischen und polnischen Grenzgebiet sichergestellt wird.

Begründung:

Seit August 2021 haben tausende Menschen – meist aus dem Nahen Osten und Afrika – versucht, die Grenzen zur EU von Belarus aus zu überqueren. Polen und Litauen haben in den vergangenen Monaten tausende illegale Grenzübertritte in die EU gemeldet. Nach Erkenntnissen der polnischen Behörden harren derzeit zwischen 3 000 und 4 000 Migrantinnen und Migranten bei Minusgraden im Grenzgebiet zwischen Belarus und Polen aus. Polen hat den Ausnahmezustand verhängt und das Gebiet weiträumig abgesperrt. Ärztinnen und Ärzten und Sanitäterinnen und Sanitätern ist dadurch die ärztliche und humanitäre Versorgung von Kranken in der Grenzzone verweigert. Auch NGOs und Medienvertreterinnen und -vertreter haben keinen Zugang zu der sich dort abspielenden humanitären Tragödie. In der Grenzregion sind bereits mehrere Migrantinnen und Migranten gestorben.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Menschenrechtsorganisationen fordern Hilfe für die im Wald gestrandeten Menschen und warnen vor einer humanitären Katastrophe. Auch Literaturnobelpreisträgerinnen wie Herta Müller, Elfriede Jelinek, Swetlana Alexijewitsch und Olga Tokarczuk haben sich jüngst mit einem öffentlichen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments sowie an die Mitglieder des Europäischen Parlaments gewandt.

Der Migrationsforscher Gerald Knaus kritisiert angesichts der wachsenden Probleme mit Flüchtlingen aus Belarus die moralische und rechtliche Krise des europäischen Grenzmanagements sowie gravierende Verletzungen der EU-Werte sowie der Flüchtlings-, Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention. CDU-Politiker Dr. Wolfgang Schäuble hat sich angesichts der dramatischen Lage an der belarussisch-polnischen Grenze für eine „schnelle, humanitäre Lösung“ ausgesprochen und empfohlen, eine „vorläufige Einreise“ in die EU zu ermöglichen, „um zügig geordnete Asylverfahren durchführen, um den dauerhaften Status zu klären und politisch nicht Verfolgte zurückzuführen.“

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19336**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**19296**

Humanitäre Krise in der Grenzregion Belarus und Polen beenden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Richard Graupner
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Karl Straub
Abg. Ulrich Singer
Abg. Florian Siekmann
Abg. Helmut Markwort
Abg. Tobias Gotthardt
Staatssekretär Gerhard Eck

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christian Klingen, Franz Bergmüller, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Bayern dankt Polen für den Schutz der EU-Außengrenze (Drs. 18/19277)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Humanitäre Krise in der Grenzregion Belarus und Polen beenden (Drs. 18/19296)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Illegale Migration aus Belarus bekämpfen - Umfassenden Ansatz weiterverfolgen (Drs. 18/19297)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordnetem Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es waren Bilder wie aus einem Kriegsgebiet, welche uns in den vergangenen Wochen aus dem Osten, aus dem polnisch-weißrussischen Grenzgebiet, erreichten. Aus Trauben von Tausenden herbeigekarrten Migranten lösten sich immer wieder Gruppen von Gewalttätern und kriminellen Grenzverletzern. Geradezu generalstabsmäßig versuchten diese ein um das andere Mal, die Grenzanlagen zu Polen zu überwinden,

teils mit schwerem Gerät wie selbstgefertigten Rammböcken, mit Bolzenschneidern, Spaten oder Harken. Mehr als 20.000 polnische Sicherheitskräfte waren zur Abwehr dieser Angriffe teilweise abgestellt. Diese wurden mit Steinen, Knüppeln und Pyrotechnik körperlich attackiert.

Gleichzeitig zerrte man seitens der Aggressoren kleine Kinder an vorderste Front, blies ihnen Zigarettenqualm in die Augen und präsentierte sie als weinende Opfer einer vorgeblich unmenschlichen Grenzsicherungspolitik. – Was für ein mieses Spiel! Zuallererst von den sogenannten Flüchtlingen, die in unverantwortlicher Weise Kinder instrumentalisieren, um Mitleid bei uns Europäern zu erheischen; sodann von den effektgierigen Medien, die das inszenierte Leid mit moralisierendem Tremolo aufgreifen, um es in die Kanäle der öffentlichen Meinung einzuspeisen, und nicht zuletzt von einem heimat- und volksvergessenen Kartell aus Altparteien-Politikern, Migrationsfanatikern und anderen Profiteuren des großen demografischen Wandels. Denn das angebliche Leid der angeblichen Flüchtlinge wurde in Deutschland postwendend bis hinein in die CDU-Spitze zum Anlass genommen, für die Aufnahme der weißrussischen Migranten zu trommeln. – Welch verheerende Botschaft an die kriminellen Grenzverletzer, aber auch an weitere Millionen und Abermillionen Migrationswilliger: Gewalt und moralische Erpressung als erfolgversprechender Türöffner ins gelobte Land. Uns klingen doch noch die fordernden Krakeeler in den Ohren. In der "Tagesschau" waren sie zu hören; "Germany, Germany, Germany" wurde gerufen. Ich sage klipp und klar: Wer Geld für das Herumfliegen in der Weltgeschichte aufbringen kann und dann aggressiv Einlass in das Sozialparadies Deutschland fordert, ist kein Schutzsuchender, sondern ein eigennütziger Sozialleistungserschleicher und Wohlstandsnomade.

(Beifall bei der AfD)

Aber während Deutschland durch seine naive und undifferenzierte Politik der Willkommenskultur für jeden und alle unverändert und unverdrossen an seiner ethno-kulturellen Selbstabschaffung arbeitet, hat die polnische Regierung in der Weißrusslandkrise genau das getan, was Pflicht eines jeden guten Patrioten und jeder verantwortungsbe-

wussten Staatsführung ist. Sie hat die Grenzen ihres Landes, sie hat deren territoriale Integrität vor dem Ansturm illegaler Zuwanderer und Marodeure geschützt.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Fraktion fordert daher den Landtag auf festzustellen, dass erstens die polnische Regierung ihre Verpflichtungen zum Schutz der EU-Außengrenzen gemäß dem Schengener Abkommen vollumfänglich erfüllt und zweitens somit Deutschland, den Freistaat Bayern und alle anderen europäischen Länder vor illegaler Masseneinwanderung geschützt hat. Wir fordern weiterhin, dass die Staatsregierung den polnischen Ministerpräsidenten mit dem Bayerischen Verdienstorden bedenkt, um ihm und dem ganzen polnischen Volk unsere tiefempfundene Anerkennung auszudrücken.

(Beifall bei der AfD)

Denn das beherzte Handeln der polnischen Regierung bedeutet in seiner Konsequenz nicht nur weniger illegale Einwanderer in Bayern und Deutschland; es sendet zudem ein eindeutiges und unmissverständliches Signal in die Welt, dass sich illegale Migration nach Europa nicht lohnt und nicht toleriert wird. – Bleibt, wo ihr seid, und versucht es erst gar nicht! "No way", wie man in Australien sagt oder wie die Linken sagen: "No pasarán!" An der Festung Europa beißt ihr euch die Zähne aus. Das ist die einzige und richtige Ansage an die Wohlstandspilger aus aller Welt. Die Polen haben diese Sprache souverän und unerschrocken bedient. Dafür gebührt ihnen der Dank aller Bayern, aller Deutschen und aller Europäer.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt zu den Anträgen der anderen Fraktionen: Den Nachzieher der SPD lehnen wir natürlich ab. Beim Blick auf den Antrag der CSU fällt mir eingedenk des Jahres 2015 Folgendes ein: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Aber bei einem in der Sache richtigen Antrag muss man auch einmal im Gleichschritt marschieren. Darum stimmen wir in diesem Fall zu.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Graupner, denken Sie bitte an Ihre Maske. – Nächster Redner ist der Vizepräsident Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage im belarussischen Grenzgebiet ist nach wie vor verzweifelt. Seit August dieses Jahres lässt Diktator Lukaschenko Tausende Migrant*innen und Migranten nach Belarus einfliegen, um sie dann an die EU-Grenzen nach Polen und Litauen bringen zu lassen. Tausende Menschen sind in den Wäldern und Sümpfen zwischen Polen und Belarus gefangen; bei Minustemperaturen und winterlicher Dunkelheit sind sie dem Kältetod nahe. Das betrifft alle Generationen – von Neugeborenen bis zur Greisin. Es heißt, sie campieren, aber Campinglager, wie wir sie uns vorstellen, sind dort ganz bestimmt nicht zu sehen. Es gibt keine Zelte, keine Wärmedecken und keine warme Kleidung; es hat viele Tote gegeben. Bis heute gab es umfangreiche diplomatische Initiativen, die bislang nur Teilerfolge erzielen konnten. Die EU hat auf die Länder, über die die Migrant*innen nach Minsk geflogen sind, geschlossen Druck ausgeübt, damit sich deren Fluggesellschaften nicht an einem von Lukaschenko gelenkten Menschenschmuggel beteiligen. Die EU hat gezeigt, was sie mit ihren rechtlichen Mitteln und mit ihrer Marktmacht erreichen kann. Unser Dank gilt auch unserem Außenminister Heiko Maas.

Auf belarussischer Seite wurden wohl infolge von Telefonaten der geschäftsführenden Bundeskanzlerin Angela Merkel mittlerweile auch Notunterkünfte initiiert, die zumindest einen kleineren Teil der Menschen aus der Eiseskälte holen konnten. Ebenso konnten sich die Betroffenen durch bereitgestellte Rückflüge der humanitären Kältekatastrophe entziehen. Die Telefonate von Frau Bundeskanzlerin Merkel waren richtig. Sie haben den Machthaber, der ja international und auch von der Bundesrepublik nicht anerkannt ist, nicht aufgewertet. Wir finden: Lösungen des Dramas im Namen der Menschlichkeit zu suchen bedeutet nicht, Erpressungen nachzugeben, sondern Wege

zu finden, wie wir aus dem Dilemma herauskommen. Besteht akute Lebensgefahr, so verbietet sich Wegschauen und Gleichgültigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Polen hat das Grenzgebiet auf einem Korridor von 15 Kilometern gesperrt. Medien und internationale Hilfsorganisationen haben keinen Zugang, und die illegalen Push-Backs seitens Polen verstoßen gegen europäisches Recht, auch weil Belarus kein sicheres Drittland ist.

Der Schengener Grenzkodex regelt unzweideutig, dass es ein Zurückweisungsverbot gibt. Man darf Schutzsuchende also nicht in die Gefahr zurückstoßen und ihnen das Recht auf einen Asylantrag verwehren. Polnische Grenzschützer, Polizisten und Soldaten haben nicht nur dieses Gesetz mehrfach gebrochen, sondern auch die UN-Kinderrechts-, Menschenrechts- und Flüchtlingskonvention. Klar ist: Es braucht Sanktionen gegen den Diktator Lukaschenko und seine Machtclique, der die Flüchtlinge an die Grenze verbringen lässt und sie wissentlich und willentlich in Lebensgefahr bringt. Das ist ein menschenverachtender, grausamer Zynismus.

Für uns ist auch Folgendes klar: Eine Eskalation des Konflikts bedeutet eine Eskalation der Gewalt und eine Eskalation der humanitären Katastrophe. Kaltschnäuzigkeit gegenüber humanitären Fragen, wie wir sie eben erlebt haben, ist in demokratischen Parlamenten normalerweise nicht üblich. Deshalb empfehle ich dem Hohen Hause, sich nicht zum Komplizen einer grausamen Instrumentalisierung von Menschen und deren Leben zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Eine europäische Migrations- und Asylpolitik muss human, rechtskonform und nachhaltig sein. Auf die Rechtskonformität legen die Regierungsfraktionen großen Wert, möglicherweise auch auf die Nachhaltigkeit. Die Begrifflichkeiten der Humanität kommen in Ihrem Antrag etwas zu kurz; deshalb tun wir uns schwer, diesem zuzustimmen.

Wir sind bei Wolfgang Schäuble und geben ihm recht, wenn er eine schnelle humanitäre Lösung fordert und empfiehlt, "eine vorläufige Einreise in die EU [zu] gewähren und zügig geordnete Asylverfahren durch[zu]führen, um den dauerhaften Status zu klären und politisch nicht Verfolgte zurückzuführen." – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zuerst auf den Antrag der SPD eingehen, der weitaus sympathischer und besser als der von der AfD ist. Herr Rinderspacher hat gesagt, unser Antrag ginge etwas zu wenig darauf ein. Ich meine, unser Antrag ist genau richtig, weil wir trotz des dort entstandenen Leides schon noch Ordnung halten müssen. Ihr Antrag ist mir etwas zu viel; er ist im Großen und Ganzen ganz in Ordnung, aber etwas zu viel. Wir müssen auch auf unser Land und darauf aufpassen, dass wir nicht zu viel Migration kriegen. Ich gehe auf Ihren Antrag etwas kürzer ein; das liegt aber nur daran, dass er wesentlich besser ist als der von der AfD.

Sehr geehrter Herr Graupner, Sie haben darüber gesprochen, was sich an der Grenze abspiele, und gesagt, dass dort Leute wären, die angeblich Leid erfahren; dazu sage ich: Ich möchte im Winter nicht im Freien an der polnischen Grenze stehen, um nach falschen Versprechungen eines Diktators von angeblichen Möglichkeiten, nach Europa zu kommen, abgewehrt zu werden.Sie werden zum Spielball einer unerträglichen Diplomatie gemacht.

Sie haben in Ihrem Antrag die Wörter "Festung Europa" verwendet. Ich finde das einfach schändlich. Ich bitte Sie, auf einen humanitären Weg zurückzukehren. Das Migrationsproblem in diesem Fall ist nicht von den Leuten verschuldet worden, die vom Lukaschenko-Regime mit Flugzeugen nach Belarus und dann weiter nach Polen geleitet

wurden. Die Schuld liegt nicht bei diesen Leuten, sondern einzig und allein bei Herrn Lukaschenko.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Regime wirbt Migranten direkt an und holt sie mit Direktflügen nach Belarus. Man kann den Ländern Polen, Lettland und Litauen ein kleines Kompliment machen, auch wenn man sich manchmal über die Methoden streiten kann, die an der Grenze angewandt werden. Diese Länder sichern aber momentan die Außengrenzen. Die Europäische Union muss eines tun, und ich bitte die Staatsregierung, dass sie sich dafür einsetzt: Frontex und die komplette EU müssen mithelfen, dass wir wieder geordnete Verhältnisse bekommen.

Liebe SPD, wir müssen aber aufpassen, wenn wir uns die Zahlen ansehen. Wir hatten dieses Jahr 131.000 Erst- und Folgeanträge. Das sind so viele wie im gesamten letzten Jahr. Wir müssen aufpassen, dass wir unsere Sozialsysteme nicht überfordern. Wir müssen diesen Menschen helfen und für gute humanitäre Zustände sorgen. Es kann aber nicht sein, dass schlussendlich jeder nach Deutschland kommt. Ich bitte auch, bei Ihrem neuen Koalitionsvertrag aufzupassen: Dort ist vorgesehen, dass diese Menschen nach dem Abschluss des Asylverfahrens oder der Bewilligung der Folgeanträge direkt deutsche Staatsbürger werden. Das hat mit dem deutschen Asylrecht nichts mehr zu tun. Ich bitte Sie, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von der FDP, auf die neue Bundesregierung einzuwirken, dass sie hier noch einmal genauer hinsieht.

(Beifall bei der CSU)

Noch einmal zur Lage an der Grenze zu Belarus: Wir müssen die Schleierfahndung an der polnischen Grenze verstärken. Im letzten Jahr gab es dort 26 Aufgriffe. In diesem Jahr gab es schon über 5.000 Aufgriffe. Ich bitte die Staatsregierung – Herr Staatssekretär Eck ist da –, die Bundesregierung aufzufordern, die Schleierfahndung an der Grenze zu verstärken.

Ich möchte die Debatte nicht mehr lange hinausziehen. An die Kolleginnen und Kollegen der AfD: Überdenken Sie bitte endlich Ihre Wortwahl. Ich habe gelesen, was Sie in Chats geschrieben haben. Sie haben gesagt, dort gebe es Tausende von Posts. Ich denke, auch bei den GRÜNEN, der SPD, der CSU und der FDP gibt es Chats mit Tausenden von Bemerkungen. Ich kann mich aber an keinen Beitrag erinnern, in dem eine Abgeordnete zu einem Bürgerkrieg aufgerufen hätte.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der AfD – Unruhe)

– Sie wurden doch mehrfach aufgefordert, dem zu widersprechen.

(Unruhe)

Frau Kollegin Dr. Cyron hat gesagt, hier würde nur noch ein Bürgerkrieg helfen. Das steht so drin. Sie haben die Möglichkeit der Zwischenbemerkung. Sollte das nicht wahr sein, dann klären Sie das endlich auf. Sie wurden schon dreimal gefragt.

(Widerspruch bei der AfD – Anhaltende Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Straub.

Karl Straub (CSU): Ich habe Sie darum gebeten, auf Ihre Wortwahl zu achten. Das gilt sowohl für dieses Plenum als auch für Ihre Chats. An der polnischen Grenze stehen Menschen. Daran sollten Sie denken. Das sind nicht Individuen, wie Sie sie bezeichnen, sondern schlussendlich Menschen und Kinder. Das sollten Sie irgendwann einmal bemerken.

(Beifall bei der CSU)

Wie gesagt, ich bitte die zukünftige Staatsregierung

(Heiterkeit)

– Entschuldigung, die zukünftige Bundesregierung, Jessas Maria, das bringt mir jetzt Schwierigkeiten ein –

(Heiterkeit)

darum, darauf zu achten, dass wir unsere Sozialsysteme nicht überfordern. – Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Straub. Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Herr Abgeordneter Singer hat sich zu einer Intervention gemeldet. Bitte, Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Straub, ich versuche es noch einmal ganz sachlich: In unserer Chatgruppe wurde diskutiert, dass wir Sorge um unser Gemeinwesen haben.

(Lachen)

Wir sind besorgt, dass es zu einer Destabilisierung kommt. Wir sind jedoch in dieser Partei und in diesem Parlament organisiert, um mit friedlichen und ganz klar demokratischen Mitteln konstruktive Ansätze zu schaffen, damit es in Deutschland Verbesserungen gibt. Das habe ich vorhin klargestellt, und ich stelle es jetzt noch einmal klar. Ich sage Ihnen eines: Weil wir mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sind wir hier und versuchen, hier diese Arbeit zu leisten. Sie können versuchen, uns hier zu diffamieren oder irgendwelche Chats aus dem Zusammenhang zu reißen. Sie werden aber damit letztlich nicht erfolgreich sein.

(Beifall bei der AfD)

Karl Straub (CSU): Herr Kollege, ich habe hauptsächlich kritisiert, wie dieser Antrag von Ihrem Kollegen Graupner begründet wurde. Ich habe mehrmals betont, dass wir aufpassen müssen, die Sozialsysteme nicht zu überfordern. Mich stört jedoch die Ausdrucksweise, die Sie hier vorne am Rednerpult regelmäßig bringen. Die stört mich ganz massiv. Wir brauchen eine geregelte Migration, und diese Migration darf nicht

unbegrenzt sein. Da sind wir uns vollkommen einig. Wir von der CSU haben bei diesem Thema jedoch einen humanitären Ansatz. Wir haben immer betont, dass es hier einen humanitären Ansatz braucht.

Mit unseren Scheiben sind einige Äußerungen akustisch nicht zu verstehen. Ich glaube, Herr Graupner hat gesagt, Sie würden bei unserem vernünftigen Antrag mitgehen. Ich würde Sie ausdrücklich bitten, mit unserem vernünftigen Antrag nicht mitzugehen. Ich würde mich da besser fühlen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Florian Siekmann von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was wir an der Grenze zu Belarus erleben, ist eine humanitäre Katastrophe. Wir sehen Tausende Menschen, die frieren. Es sind Menschen, um die es hier geht. Laut Medienberichten gibt es bereits mindestens zehn Tote; die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Wir sind uns einig: Ausgelöst wurde das Ganze durch den Diktator Alexander Lukaschenko, der die EU mit unlauteren Mitteln unter Druck setzen will und der verzweifelte Menschen in die Grenzregion schleust. Ich möchte klarstellen: Verzweifelt waren diese Menschen schon, bevor sie die Flugzeuge betreten haben, um nach Belarus zu kommen. Sie waren verzweifelt, weil sie in den allermeisten Fällen nicht aus sicheren Herkunftsländern kamen.

Auf diese Situation braucht es genau zwei Antworten, zunächst eine Antwort der Humanität. Dazu gehört, dass Hilfsorganisationen endlich Zugang zu diesen Menschen erhalten. Dazu gehört außerdem, dass wir diesen Menschen ein geregeltes Verfahren ermöglichen. Warum? – Weil wir endlich den Punkt überwinden müssen, an dem sich die Europäische Union erpressbar macht. Das geht nur, indem wir Menschen, die an unsere Außengrenze kommen, ein rechtsstaatliches Verfahren mit einem entspre-

chenden Ausgang ermöglichen. Nichts weniger hat sich die neue Bundesregierung vorgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten brauchen wir deutliche Sanktionen und Aktionen gegenüber dem Diktator Alexander Lukaschenko. Eines brauchen wir aber bestimmt nicht, nämlich einen zynischen Antrag der AfD-Fraktion hier im Bayerischen Landtag. Vor dem Hintergrund dieser Notlage und sterbender Menschen fordern Sie die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur menschenverachtend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sollten heute ein klares Signal der Humanität senden. Deswegen werden wir dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Ich habe es angesprochen: Wir sind offen für deutliche Maßnahmen gegen Alexander Lukaschenko.Was uns im Antrag der Regierungskoalition ein Stück weit fehlt, ist die Balance, die die notwendige Humanität für die da gerade leidenden Menschen bringt. Wir können uns dem heute deswegen nicht anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion. Herr Markwort, bitte schön.

Helmut Markwort (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was für ein kurioser Antrag der AfD! – Der Bayerische Landtag soll der Oberschiedsrichter in EU-Problemen werden. Wir sollen Noten vergeben und Orden verleihen.

Meine Fantasie treibt mich da schon zu den nächsten Konflikten: Wem werden wir denn im Konflikt am Ärmelkanal die Rote Karte zeigen? – Den Franzosen oder den Engländern? Natürlich wäre es, wenn wir diesem Antrag folgten, auch eine Möglichkeit, sich mal mit Österreich oder Griechenland zu beschäftigen.

Der Orden soll an den polnischen Ministerpräsidenten verliehen werden. – Das ist ein ehrenwerter Mann, mir fallen aber viele bayerische Bürgerinnen und Bürger ein, die für diesen Bayerischen Verdienstorden besser geeignet wären. Ich freue mich darauf, weitere Ordensschwestern und Ordensbrüder zu finden.

Gleichzeitig müssen wir auch auf unsere polnischen Freunde in der EU Rücksicht nehmen, die die Innereien des Bayerischen Landtags nicht so gut durchblicken können. Der eine oder andere wird vielleicht darauf achten, ob der Bayerische Landtag dem polnischen Ministerpräsidenten den Orden jetzt verleiht.

Ich sage dazu: Ich würde die AfD lieber für einen Karnevalsorden vorschlagen, vielleicht für den Orden für närrische Anträge.

(Beifall)

Wir wollen unsere polnischen Freunde aber nicht brüskieren. Ich rufe zu den polnischen Brüdern nach Warschau deswegen die erste Zeile der schönen polnischen Nationalhymne: "Noch ist Polen nicht verloren."

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Und nun macht sich der Kollege Tobias Gotthardt von der Fraktion der FREIEN WÄHLER bereit. Herr Gotthardt, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Markwort für das ausführliche Eingehen auf den Antrag der AfD sehr dankbar. Die wahrscheinlich substanziellste Zeile in diesem Antrag, die aber genauso widersinnig ist, will den Bayerischen Verdienstorden an den polnischen Ministerpräsidenten vergeben. Alles Weitere ist bei einem wirklich komplexen Problem nicht zweckdienlich.

Das ist auch das, was ich an die Kollegen der SPD richten möchte: Wir sind uns komplett darin einig, dass wir mit Lukaschenko einen Diktator haben, der Flüchtlinge menschenverachtend missbraucht und instrumentalisiert. Wir sind uns auch darin einig – das wird den Kollegen von der AfD jetzt nicht gefallen –, dass es gerade eine europäische Antwort ist, die wir auf dieses Problem, das wir in diesem Grenzbereich haben, geben. Wir müssen den Ländern Lettland, Litauen, Estland und Polen – und nicht nur Polen – helfen.

Die Europäische Kommission hat deswegen heute vor wenigen Stunden verschiedene Maßnahmen nach Artikel 78 Absatz 3 AEUV erlassen, um diesen Ländern zu helfen, ihnen mehr Spielraum zu geben und um darauf zu antworten. Die Antwort muss sehr vielfältig sein.

Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben gesagt: human, rechtskonform und nachhaltig. – Ich denke, dass das, was wir in dem gemeinsamen Antrag mit der CSU vorschlagen, genau das erfüllt.

Wir müssen verschiedene Dinge berücksichtigen, unter anderem den Diktator. Wir müssen berücksichtigen, dass wir Schleuserbanden haben. Wir müssen berücksichtigen, dass wir Transit- und Herkunftsländer haben, mit denen wir reden müssen. Wir müssen mit Verkehrsunternehmen – sprich: Fluggesellschaften – reden, die entsprechend gebrieft werden müssen. Wir müssen schauen, dass wir konkret gegen Schleuser vorgehen. Wir müssen schauen, dass wir den Menschen in Belarus vor Ort helfen; die Europäische Union tut das auch. Wir haben eine Million Euro freigeschaltet, die nicht an das Regime, sondern direkt an Zivilschutzorganisationen in Belarus gehen, um den Menschen vor Ort zu helfen.

Es gibt also ein vielfältiges Paket an Maßnahmen. Ich finde ganz ehrlich, dass die Europäische Union und damit auch wir mit der Sache sehr vernünftig umgehen.

Ich glaube, wir haben in diesem Fall auch gelernt, dass wir das, was wir da erleben und was wir vor einigen Jahren anders angegangen sind, gemeinsam einfach auch

wirklich besser angehen können. Ich glaube, dass auch Polen gelernt hat. – Polen war ja vor ein paar Jahren noch so, dass es gesagt hat, es wolle mit dem ganzen Problem nichts zu tun haben. Jetzt haben die Polen plötzlich damit zu tun und merken, dass es wichtig und wichtig zu erleben ist, europäische Solidarität zu erfahren.

Ich appelliere deshalb an uns alle. Ich denke, dass wir in unserem wirklich sehr ausführlichen Antrag – ich glaube, das müssen Sie uns schon zugutehalten – auf die verschiedenen Aspekte dieses Problems eingehen und eine klare Botschaft in Richtung Belarus haben: Wir werden eine klare europäische Antwort finden. Wir lassen uns nicht erpressen. Wir lassen Menschen aber auch nicht als Schutzschild oder für irgendwelche Erpressungen missbrauchen. Wir halten zusammen und werden den Menschen in dieser Region trotzdem helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Staatssekretär Gerhard Eck für die Staatsregierung.

Staatssekretär Gerhard Eck (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt alle Emotion und billige Polemik weglassen. Es ist heute hier schon zum Ausdruck gebracht worden: Wir reden hier über Menschen. Wir reden über eine Situation, die, wenn man den Fernsehberichten Aufmerksamkeit schenkt, schier unbeschreiblich ist. Ich will deshalb wirklich die vielen guten Dinge, die angesprochen worden sind, unterstreichen. Ich will das hier auch parteiübergreifend so deutlich zum Ausdruck bringen. Ich will mich aufs Fachliche beziehen.

Ich darf zum Ausdruck bringen – das ist mir ganz besonders wichtig –, dass die Staatsregierung die Instrumentalisierung von Migranten und das menschenverachtende Vorgehen durch das belarusische Regime auf das Schärfste verurteilt. Ich hätte mir deshalb auch gewünscht – das ist der letzte Satz, den ich außerhalb des Fachlichen sage –, dass vielleicht auch von der AfD letztendlich eine bessere Wortwahl getroffen worden wäre.

Bayern unterstützt – ich mache das zum ganz besonderen Mittelpunkt – den umfassenden Ansatz der Europäischen Union, um Druck auf Belarus genauso wie auf mögliche Herkunfts- und Transitländer auszuüben und weitere Fluchtbewegungen einzudämmen. Das ist von elementarer Bedeutung.

Selbstverständlich gehören dazu – das muss man auch dazu sagen – letztlich auch eine gewisse Ordnung und ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen. Polen leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Ich bin aber auch der Meinung, dass es vielleicht nicht der richtige Ansatz ist, hier letztendlich über den Bayerischen Verdienstorden und ähnliche Dinge zu diskutieren. Der AfD-Antrag greift zu kurz; ich will das ganz höflich formulieren.

Die Gesamtproblematik ist letztlich nur europäisch – ich wiederhole auch das an dieser Stelle; es ist insgesamt schon angesprochen worden – mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zu lösen. Ich will hier besonders weitere Sanktionen gegen Fluggesellschaften, die Flüchtlinge nach Belarus befördern, und massive Informationskampagnen, die falschen Erwartungen bezüglich einer Bleibeperspektive in Europa entgegentreten, ansprechen; auch das ist genannt worden, ich will es unterstreichen. Auch Schleierfahndung wurde angesprochen; ich lasse das so pauschal stehen. Weitere Gespräche mit den Herkunfts- und Transitländern sind von größter Bedeutung.

Wir werden nur mit unseren europäischen Partnern – ich glaube, das darf man jetzt so auf den Punkt bringen – zu einer gemeinsamen und vor allen Dingen auch raschen, in sich stimmigen Lösung kommen. Ich bitte deshalb ganz herzlich darum, den Antrag der AfD abzulehnen. Ich bitte darum, dem nachgezogenen Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN – er wurde von den Kollegen Straub und Gotthardt schon begründet – zuzustimmen. Der Antrag fordert letztendlich eine Fortsetzung und Intensivierung. Liebe Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung.

Ich sage auch, dass ich den nachgezogenen Antrag der SPD schließlich für nicht erforderlich halte. Ich bitte darum, diesen aus dem Grund, dass die darin genannten

wichtigen humanitären Aspekte von der Europäischen Kommission bereits angegangen und umgesetzt werden, abzulehnen. Ich darf hier zum Beispiel auf das am 23. November vorgelegte Maßnahmenbündel verweisen. Im Einzelnen brauche ich darauf nicht einzugehen. Ich verweise auch auf die von der Europäischen Union bereitgestellte Hilfe für die Migranten in Belarus. Eine Aufforderung an die Europäische Kommission ist hier folglich nicht erforderlich. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/19277 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Bitte Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Sauter (fraktionslos) und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/19296 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Wie war das Stimmverhalten des Abgeordneten Sauter? Das habe ich leider nicht gesehen. – Keine Stimmabgabe. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/19297 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER,

Herr Abgeordneter Sauter (fraktionslos), die AfD-Fraktion und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen! – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.